

 **Bundesministerium**
Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

[bmk.gv.at](https://www.bmk.gv.at)

BMK - IV/ST1 (Kraftfahrwesen)
st1@bmk.gv.at

Karin Ritzal
Sachbearbeiter/in

karin.ritzal@bmk.gv.at
+43 (1) 71162 65 5072
Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-Adresse zu
richten.

An
Begutachtungsverteiler - Extern

Geschäftszahl: 2020-0.300.618

Wien, am 19. Mai 2020

39. KFG-Novelle - Begutachtung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie übermittelt in der Beilage den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kraftfahrzeuggesetz 1967 geändert wird (39. KFG-Novelle) samt Erläuterungen, mit der Bitte um Stellungnahme bis

30. September 2020.

Es wird ersucht, Stellungnahmen mittels elektronischer Post an die E-Mail-Adresse „st1@bmk.gv.at“ zu senden.

Sollte bis zum oben angeführten Termin eine Stellungnahme nicht einlangen, darf angenommen werden, dass der Entwurf keinen Anlass zu einer Äußerung gibt.

Unter einem wird ersucht die allenfalls abgegebene Stellungnahme auch dem Präsidium des Nationalrates auf elektronischem Weg unter der E-Mail-Adresse

begutachtungsverfahren@parlament.gv.at“

zu übermitteln und dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie hiervon Mitteilung zu machen.

Für Ämter der Landesregierungen, die Verbindungsstelle der Bundesländer, den österreichischen Gemeindebund und den österreichischen Städtebund ergeht der Hinweis, dass die gegenständliche Übermittlung gleichzeitig als Versendung aufgrund der Art. 1 Abs. 1

GZ. 2020-0.300.618

und 4 der Vereinbarung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einem künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999, anzusehen ist, innerhalb der oben genannten Frist kann gemäß Art. 2 dieser Vereinbarung beim Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie das Verlangen gestellt werden, dass im Konsultationsgremium Verhandlungen über die durch dieses Vorhaben im Fall seiner Verwirklichung dem Antragsteller zusätzlich verursachten finanziellen Ausgaben einschließlich zusätzlicher Personalkosten aufgenommen werden.

Beilagen

Für die Bundesministerin:

Dr. Wilhelm Kast